

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Albert Deß, Michael Glos, Dr. Wolfgang Bötsch, Maria Eichhorn, Herbert Frankenhauser, Dr. Wolfgang Götzer, Josef Hollerith, Dr. Dionys Jobst, Bartholomäus Kalb, Hartmut Koschyk, Rudolf Kraus, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Dr. Albert Probst, Dr. Bernd Protzner, Hans Raidel, Dr. Klaus Rose, Kurt J. Rossmanith, Horst Seehofer, Simon Wittmann (Tännesberg), Benno Zierer, Wolfgang Zöller, Egon Susset, Meinolf Michels, Richard Bayha, Peter Bleser, Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein, Dr. h. c. Adolf Herkenrath, Siegfried Hornung, Ulrich Junghanns, Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz), Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese), Günter Marten, Dr. Hedda Meseke, Günther Schartz (Trier), Jochen Borchert, Hartmut Büttner (Schönebeck), Johannes Gerster (Mainz), Susanne Jaffke, Heinz-Jürgen Kronberg, Helmut Lamp, Karl-Josef Laumann, Walter Link (Diepholz), Dr. Reinhard Meyer zu Bentrup, Eduard Oswald, Rosemarie Priebus, Dr. Peter Ramsauer, Hans Peter Schmitz (Baesweiler), Joachim Graf von Schönburg-Glauchau, Reinhard Freiherr von Schorlemer, Karl Stockhausen, Elke Wülfing, Ernst Hinsken, Dr. Walter Franz Altherr, Anneliese Augustin, Dietrich Austermann, Heinz-Günter Bargfrede, Dr. Wolf Bauer, Hans-Dirk Bierling, Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Wilfried Bohlsen, Klaus Brähmig, Wolfgang Dehnel, Renate Diemers, Werner Dörflinger, Hansjürgen Doss, Wolfgang Engelmann, Horst Eylmann, Anke Eymer, Ilse Falk, Dr. Karl H. Fell, Dirk Fischer (Hamburg), Leni Fischer (Unna), Dr. Gerhard Friedrich, Hans-Joachim Fuchtel, Claus-Peter Grotz, Klaus Harries, Hansgeorg Hauser (Rednitzhembach), Manfred Heise, Dr. Renate Hellwig, Claus Jäger, Georg Janovsky, Karin Jeltsch, Dr. Egon Jüttner, Peter Kittelmann, Thomas Kossendey, Franz Heinrich Krey, Dr.-Ing. Paul Krüger, Klaus-Heiner Lehne, Christian Lenzer, Dr. Immo Lieberoth, Dr. Manfred Lischewski, Julius Louven, Heinrich Lummer, Erich Maaß (Wilhelmshaven), Theo Magin, Erwin Marschewski, Engelbert Nelle, Johannes Nitsch, Friedhelm Ost, Norbert Otto (Erfurt), Dr. Gerhard Päsel, Dr. Peter Paziorek, Dr. Friedbert Pflüger, Ronald Pofalla, Dr. Hermann Pohler, Gerhard Reddemann, Helmut Rode (Wietzen), Helmut Sauer (Salzgitter), Gerhard Scheu, Christian Schmidt (Fürth), Trudi Schmidt (Spiesen), Michael von Schmude, Dr. Andreas Schockenhoff, Bärbel Sothmann, Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Wolfgang Vogt (Düren), Herbert Werner (Ulm), Dr. Roswitha Wisniewski, Peter Kurt Würzbach und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Günther Bredehorn, Ulrich Heinrich, Johann Paintner, Lisa Peters, Dr. Sigrid Hoth, Jürgen Koppelin, Dr. Hermann Otto Solms, Jürgen Türk und der Fraktion der F.D.P.

zur Großen Anfrage der Abgeordneten Horst Kubatschka, Josef Vosen, Horst Sielaff, Harald B. Schäfer (Offenburg), Brigitte Adler, Holger Bartsch, Hans Büchler (Hof), Hans Büttner (Ingolstadt), Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Hans Martin Bury, Marion Caspers-Merk, Wolf-Michael Catenhusen, Dr. Marliese Dobberthien,

Dr. Konrad Elmer, Lothar Fischer (Homburg), Monika Ganseforth, Dr. Peter Glotz, Dr. Liesel Hartenstein, Ilse Janz, Susanne Kastner, Marianne Klappert, Siegrun Klemmer, Walter Kolbow, Rolf Koltzsch, Dr. Klaus Kübler, Uwe Lambinus, Robert Leidinger, Klaus Lennartz, Ulrike Mascher, Heide Mattischeck, Ulrike Mehl, Siegmars Mosdorf, Jutta Müller (Völklingen), Michael Müller (Düsseldorf), Rudolf Müller (Schweinfurt), Jan Oostergetelo, Dr. Helga Otto, Dr. Martin Pfaff, Otto Schily, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Renate Schmidt (Nürnberg), Ursula Schmidt (Aachen), Dr. Rudolf Schöfberger, Karl-Heinz Schröter, Dietmar Schütz, Bodo Seidenthal, Erika Simm, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Ludwig Stiegler, Joachim Tappe, Dr. Gerald Thalheim, Uta Titze, Günter Verheugen, Wolfgang Weiermann, Reinhard Weis (Stendal), Dr. Axel Wernitz, Gudrun Weyel, Hermann Wimmer (Neuötting), Dr. Hans de With, Verena Wohlleben, Hanna Wolf, Dieter Schanz, Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD
– Drucksachen 12/2275, 12/3493 –

Chancen und Risiken nachwachsender Rohstoffe

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Nachwachsende Rohstoffe können einen positiven Beitrag zur Energie- und Rohstoffversorgung leisten. Die aus ihnen hervorgehenden Produktlinien stellen Vorteile für die Landwirtschaft, die Umwelt, die vor- und nachgelagerte gewerbliche Wirtschaft und den ländlichen Raum in Aussicht.
- Bei bestimmten Nutzungsmöglichkeiten nachwachsender Rohstoffe sind Umweltvorteile nachgewiesen. So sind Schmierstoffe und Hydrauliköle aus pflanzlichen Grundölen – im Gegensatz zu konventionellen Produkten auf Mineralölbasis – biologisch leicht abbaubar. Es sind darüber hinaus Kunststoffe auf der Basis von Stärke, Zucker und Pflanzenölen verfügbar, die sich nach Gebrauch umweltunschädlich durch Kompostierung in den natürlichen Stoffkreislauf zurückführen lassen.
- In Teilbereichen sind die vorliegenden Kenntnisse über die mit der Nutzung von Biomasse als Energie- und Industrierohstoffe verbundenen Umweltwirkungen noch zu verbessern. Die Erstellung von Ökobilanzen ist hierfür hilfreich. Auch müssen die Umwelt- und gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der Flächenstilllegung im Vergleich zur Produktion nachwachsender Rohstoffe auf stillgelegten Flächen besser erfaßt werden.
- Der Einsatz regenerativer Energieträger ist ein wichtiges Ziel der Energie- und Umweltpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Wald- und Industrierestholz, Stroh sowie der

Energiepflanzenanbau können zur Einsparung fossiler Energie und zum Umweltschutz beitragen. So setzt das im Wald ungenutzte Schwachholz bei der Verrottung genau so viel CO₂ frei wie bei seiner energetischen Nutzung. Gleichzeitig dient die stärkere energetische Nutzung des Holzes der Pflege und Gesundheit des Waldes.

- Die Erzeugung nachwachsender Rohstoffe bietet auch Chancen für die Land-, Forst-, Holz- und Ernährungswirtschaft. Von daher können Impulse für die Beschäftigung und damit auch ein Einkommensbeitrag in der Landwirtschaft erwartet werden. Dies dient auch der Stabilität des ländlichen Raumes und trägt zur Erhaltung eines attraktiven Landschaftsbildes bei.

Auch für die gewerbliche Wirtschaft können durch die Verbesserung vorhandener Verfahren zur energetischen Verwertung von Biomasse (auch im Hinblick auf die Energieproblematik der Entwicklungsländer) neue Produktions- und Exportmöglichkeiten entstehen. Gleiches gilt für die stärkere Entwicklung einer Naturstoffchemie.

- Bisher haben Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen jedoch nur geringe Marktchancen, da unter den gegebenen ökonomischen Rahmenbedingungen ihre Wettbewerbsfähigkeit verglichen mit Produkten auf der Basis fossiler Rohstoffe nur in wenigen Fällen gegeben ist.
- Dabei finden auch bisher die erwiesenen Umweltvorteile verschiedener Produkte auf der Basis nachwachsender Rohstoffe noch keine Berücksichtigung beim Marktpreis. Gleichzeitig werden die Kosten der Umweltverschmutzung durch die Nutzung fossiler Industrie- und Energierohstoffe bei der Preisbildung oft nicht erfaßt.
- Vorhandene umweltfreundliche Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen finden bessere Marktchancen nur dann, wenn die staatlichen Rahmenbedingungen hierfür verbessert werden.
- Im Bereich der chemisch-technischen Nutzung gibt es bereits heute wettbewerbsfähige Produktlinien für nachwachsende Rohstoffe, die jedoch meist nur kleine Märkte betreffen. Ausweitungsmöglichkeiten deuten sich in der Naturstoffchemie an, hier muß jedoch die Forschung noch verstärkt werden. Die Forschungsförderung und -koordination sind eine der wichtigsten Aufgaben der neu zu gründenden „Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe“.
- Unter den gegebenen ökonomischen Rahmenbedingungen kann der Anbau nachwachsender Rohstoffe bisher nur einen geringen Beitrag zur Verbesserung der Einkommen der Landwirte leisten.

Dort, wo gesicherte Umweltvorteile durch die Nutzung nachwachsender Rohstoffe erreichbar sind, sollte geprüft werden, wie die ökonomischen Rahmenbedingungen zu gestalten sind, daß sich Märkte für das jeweils umweltfreundlichere Produkt bilden können.

2. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Bundesregierung

- bereits seit Jahren erhebliche Forschungsaufwendungen zur Förderung der nachwachsenden Rohstoffe erbringt,
- ihre Ressorts bereits angewiesen hat, in ihren nachgelagerten Bereichen, bei allen Beschaffungsmaßnahmen von Verlustschmierstoffen, Schmierfetten, Hydraulikflüssigkeiten und Kühlschmiermitteln, soweit am Markt angeboten, nur noch Produkte aus biologisch abbaubaren Stoffen zu beschaffen;

der Deutsche Bundestag appelliert an die Länder, in gleichem Sinne zu verfahren,

- darauf hinwirkt, daß bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge die Verwendung biologisch abbaubarer Schälöle gefordert wird,
- sicherstellen wird, daß die Mineralölsteuerfreiheit für Biotreibstoffe auch dann erhalten bleibt, wenn durch abwechselndes Tanken von Diesel- und Pflanzenöl Gemische im Tank entstehen,
- erfolgreich dafür gesorgt hat, daß biologische Rest- und Abfallstoffe auch aus der gewerblichen Be- und Verarbeitung von Holz in die Förderung zu den Bedingungen des Stromeinspeisungsgesetzes einbezogen werden.

3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- noch bestehende Wissenslücken über Nutzen und Kosten bei Produktion und Verwendung nachwachsender Rohstoffe umgehend durch Förderung von Forschungsmaßnahmen zu schließen und eine Bewertung der damit verbundenen Umweltaspekte vorzunehmen,
- auch bei Produkten fossiler Herkunft die Erstellung von Ökobilanzen zu veranlassen, um eine vergleichende Bewertung von Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen mit denen fossiler Herkunft vornehmen zu können,
- in Zusammenarbeit mit den Institutionen der Wirtschaft (z. B. Gütezeicheninstitut RAL) Qualitätskriterien für die Verwendung nachwachsender Rohstoffe zu erarbeiten,
- sich für die Erschließung von Märkten für umweltverträgliche Schmier- und Treibstoffe einzusetzen, soweit wirtschaftlich vertretbar,
- sich dafür einzusetzen, daß in umweltsensiblen Bereichen Schmierstoffe nur verwendet werden dürfen, wenn sie Mindestkriterien für die biologische Abbaubarkeit erfüllen,
- bei der Beschaffung von Fahrzeugen mit Hydraulikanlagen
 - dort wo möglich – sicherzustellen, daß nur solche gekauft werden, die für die Verwendung umweltfreundlicher Hydraulikflüssigkeiten auf der Basis biologisch abbaubarer Öle freigegeben sind,
- die Altölverordnung so zu ändern, daß Produkte aus Pflanzenölen zusammen mit solchen mineralischen Ölen ent-

sorgt werden können, die nach der Altölverordnung nicht der Zweitraffination zugeführt werden,

- die Strom- und Wärmeversorgung in Liegenschaften des Bundes zumindest im Zusammenhang mit Ersatzinvestitionen in geeigneten Fällen – z. B. bei Kasernen in den neuen Bundesländern – auf eine Energieversorgung umzustellen, bei der auch Biomasse zur Energiegewinnung eingesetzt wird,
- die Forschung und Entwicklung von Verpackungen auf der Basis pflanzlicher Rohstoffe, die umweltfreundlich abgebaut werden und kein Abfallproblem darstellen, zu fördern,
- sich dafür einzusetzen, daß im Rahmen des „Dualen Systems“ der Einsatz biologisch abbaubarer Verpackungen gefördert wird, um den Verbrauch fossiler Rohstoffe für die Herstellung von Verpackungen zu senken und um Entsorgungsprobleme zu vermindern,
- zu gewährleisten, daß die Erzeugung nachwachsender Rohstoffe auf Stilllegungsflächen zusammen mit den Bundesländern möglichst praxisnah und ohne große bürokratische Hemmnisse geregelt wird. Dabei ist auf EG-Ebene zu verhandeln, daß auch die Erzeugung nachwachsender Rohstoffe für die Nutzung im eigenen landwirtschaftlichen Betrieb (z. B. energetische Nutzung zur Wärmeerzeugung) ermöglicht wird,
- umgehend die „Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe“ einzurichten.

Bonn, den 13. Januar 1993

Albert Deß
Michael Glos
Maria Eichhorn
Herbert Frankenhauser
Dr. Wolfgang Götzer
Josef Hollerith
Dr. Dionys Jobst
Bartholomäus Kalb
Hartmut Koschyk
Rudolf Kraus
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Dr. Albert Probst
Dr. Bernd Protzner
Hans Raidel
Dr. Klaus Rose
Kurt J. Rossmann
Horst Seehofer
Simon Wittmann (Tannesberg)
Benno Zierer
Wolfgang Zöllner
Egon Susset
Meinolf Michels
Richard Bayha

Peter Bleser
Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein
Dr. h. c. Adolf Herkenrath
Siegfried Hornung
Ulrich Junghanns
Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz)
Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese)
Günter Marten
Dr. Hedda Meseke
Günther Scharz (Trier)
Jochen Borchert
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Johannes Gerster (Mainz)
Susanne Jaffke
Heinz-Jürgen Kronberg
Helmut Lamp
Karl-Josef Laumann
Walter Link (Diepholz)
Dr. Reinhard Meyer zu Bentrup
Eduard Oswald
Rosemarie Priebus
Dr. Peter Ramsauer

Hans Peter Schmitz (Baesweiler)
Joachim Graf von Schönburg-Glauchau
Reinhard Freiherr von Schorlemer
Karl Stockhausen
Elke Wülfing
Ernst Hinsken
Dr. Walter Franz Altherr
Anneliese Augustin
Dietrich Austermann
Heinz-Günter Bargfrede
Dr. Wolf Bauer
Hans-Dirk Bierling
Renate Blank
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Wilfried Bohlens
Klaus Brähmig
Wolfgang Dehnel
Renate Diemers
Werner Dörflinger
Hansjürgen Doss
Wolfgang Engelmann
Horst Eylmann
Anke Eymer
Ilse Falk
Dr. Karl H. Fell
Dirk Fischer (Hamburg)
Leni Fischer (Unna)
Dr. Gerhard Friedrich
Hans-Joachim Fuchtel
Claus-Peter Grotz
Klaus Harries
Hansgeorg Hauser (Rednitzhembach)
Manfred Heise
Dr. Renate Hellwig
Claus Jäger
Georg Janovsky
Karin Jeltsch
Dr. Egon Jüttner
Peter Kittelmann
Thomas Kossendey
Franz Heinrich Krey
Dr.-Ing. Paul Krüger

Klaus-Heiner Lehne
Christian Lenzer
Dr. Immo Lieberoth
Dr. Manfred Lischewski
Julius Louven
Heinrich Lummer
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Theo Magin
Erwin Marschewski
Engelbert Nelle
Johannes Nitsch
Friedhelm Ost
Norbert Otto (Erfurt)
Dr. Gerhard Päselt
Dr. Peter Paziorek
Dr. Friedbert Pflüger
Ronald Pofalla
Dr. Hermann Pohler
Gerhard Reddemann
Helmut Rode (Wietzen)
Helmut Sauer (Salzgitter)
Gerhard Scheu
Christian Schmidt (Fürth)
Trudi Schmidt (Spiesen)
Michael von Schmude
Dr. Andreas Schockenhoff
Bärbel Sothmann
Dr. Klaus-Dieter Uelhoff
Wolfgang Vogt (Düren)
Herbert Werner (Ulm)
Dr. Roswitha Wisniewski
Peter Kurt Würzbach
Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Günther Bredehorn
Ulrich Heinrich
Johann Paintner
Lisa Peters
Dr. Sigrid Hoth
Jürgen Koppelin
Jürgen Türk
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

